

Neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Von unserem Mitarbeiter
Werner Palmert

BAD MERGENTHEIM. Seit über 100 Jahren demonstrieren Menschen in Europa und anderen Teilen der Erde am 1. Mai für ihre Rechte: für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Dabei ging es auch immer um die schweren, aber auch erfolgreichen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften um ein besseres Leben und humane Arbeitsbedingungen.

„Der 1. Mai steht wie kein anderer Tag für den Kampf um mehr Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, soziale Verbesserungen, Bildung und Solidarität“, wie Verena di Pasquale vom Ressort „Arbeit und Soziales“ des DGB-Bezirks Baden-Württemberg bei der gestrigen traditionellen Maikundgebung auf dem Bad Mergentheimer Marktplatz unterstrich. Aber auch heute noch müssen die Gewerkschaften heftige Konflikte austragen. Viele Kolleginnen und

Kollegen stecken mitten in schwierigen Tarifrunden, wie die bevorstehenden aktuellen Lohnverhandlungen zeigen. Auch die mehr als 5000 Beschäftigten der Metall- und Elektrobranche im Main-Tauber-Kreis werden sich an den ab heute beginnenden Warnstreiks beteiligen, wie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Tauberbischofsheim, Gerd Koch, in seiner Grußrede ankündigte.

Es stehen aber auch weitere politische Auseinandersetzungen an, so Verena di Pasquale. Seit Monaten schon erlebe man in der Bundesrepublik ein dramatisches Politikversagen. Die Bundesregierung sei mitten in der größten Krise des Euro tief zerstritten und handlungsunfähig. „Und wenn sie handelt, dann tut sie das Falsche“, so die Rednerin unter dem Beifall der Zuhörer. Die Koalition, an ihrer Spitze Bundeskanzlerin Angela Merkel, weigere sich, einer wirkungsvollen Lösung der Eurokrise zuzustimmen. Damit habe sie die Unsicherheit massiv erhöht und die Zinsen für die Krisenstaaten noch in die Höhe getrieben. Die von Merkel durchgeboxte Antwort auf die europaweite Krise laute: Sparen, sparen, sparen! Eine Strategie, die direkt in den Abgrund führe. „Wenn alle sparen, gibt es auch keine Aufträge für Unternehmen“.

Für die Regierungen sei klar, wer die Zeche zahlen solle: die Arbeitnehmer in Griechenland, Portugal, Italien und Spanien, aber auch in anderen europäischen Ländern wie Frankreich und Deutschland. Die Krise werde zum Anlass genommen, in ganz Europa in ureigenste Interessen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften einzugreifen. Tarifverträge würden ausgehebelt, um Löhne und Gehälter zu drücken. Gewerkschaften würden gezwungen



Gerechte Löhne – soziale Sicherheit: Die traditionelle Maikundgebung der IG Metall Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim fand gestern in Bad Mergentheim statt. Links der stellvertretende Bad Mergentheimer Bürgermeister Klaus-Dieter Brunotte, in der Mitte Bürgermeister a. D. Manfred Schaffert und rechts der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Siegfried Neumann. BILDER: PALMERT

Entgelte zu senken oder Tarifsteigerungen auszusetzen. Die Regierungen verlängern Arbeitszeiten, setzen das Renteneintrittsalter hoch und kürzen die Renten. Der öffentliche Dienst werde verkleinert und privatisiert. Volksvermögen werde veramscht, um kurzfristig Löcher zu stopfen. „Die von der Finanzwelt und ihren politischen Erfüllungsgeliebten verordnete Verarmung großer Teile der Gesellschaft können wir als Gewerkschaften niemals gutheißen“, wurde die Rednerin deutlich.

Gerade an diesem 1. Mai gelte die Solidarität allen, die in Europa gegen diese verhängnisvolle Politik auf die Straße gehen. Dieses Europa sei ein Europa, das in die Zukunft investiert statt sie kaputt zu sparen. Ein Europa, das der Finanzbranche Fesseln anlegt, statt nach ihrer Pfeife zu tanzen. „Politik braucht wieder ein klar erkennbares Leitbild“, so di Pasquale. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Dafür stünden die Gewerkschaften. Nur eine Politik, die diesem Leitbild folge, könne dafür sorgen, dass Freiheit und Gleichheit in Europa wachsen. „Dafür lohnt es

sich zu kämpfen, nicht nur am 1. Mai“, unterstrich die Rednerin.

Um diese Forderungen nach einem demokratischen und sozialen Europa auch regional in die Öffentlichkeit und das Bewusstsein zu tragen, hat der DGB eine regionale Europa-Kundgebung am 15. Mai um 17 Uhr auf dem Stuttgarter Schlossplatz organisiert. Das Motto lautet: „Solidarität statt Lohnkürzungen und Sozialabbau in Europa – wir fordern ein demokratisches und soziales Europa“. In Richtung grün-roter Landesregierung meinte die Gewerkschaftsfunktionärin: „Nach Jahrzehnten konservativer Regierungen verbinden wir mit der grün-roten Landesregierung große Hoffnungen. Bildungsaufbruch, Nachhaltigkeit, Energiewende, gute Arbeit, mehr Demokratie – der Reformstau im Land Baden-Württemberg ist groß“. Die wirtschaftliche Erholung Deutschlands inmitten der europäischen Krise sieht di Pasquale auch kritisch. Sie schaffe kaum sichere Arbeitsplätze. Leiharbeit, befristete Beschäftigung und unsichere Arbeit nehmen stetig zu. Die Arbeitgeber

missbrauchten die Flexibilisierung der Arbeit. Lohndumping und unsichere Beschäftigung seien die Folgen. Den angekündigten Sparmaßnahmen des Stuttgarter Kabinetts auf dem Rücken der Beamten lehnte die Referentin ab. Im Main-Tauber-Kreis konnte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zwischenzeitlich die Verluste in der letzten Krise aufholen. Im Juni 2011 lag sie 3,7 Prozent über dem Krisenniveau von Mitte 2008. Aber auch hier beruhe der Anstieg insbesondere auf der Zunahme von Teilzeitbeschäftigung. Sie erhöhte sich in diesem Zeitraum um 12,6 Prozent, die Vollzeitbeschäftigung lediglich um 1,8 Prozent. Ergebnis all dieser Entwicklungen ist eine tiefe Spaltung auf dem Arbeitsmarkt. „Wir wollen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt“, so die Forderung der Gewerkschaft. Dazu gehören auch der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro („Arbeit darf nicht arm machen“), die Rücknahme der Rente mit 67, und „die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinandergehen“.



Verena Di Pasquale vom DGB-Bezirk Bden-Württemberg sprach gestern auf dem Bad Mergentheimer Marktplatz.